

Arbeitszeit verlängern oder verkürzen?



Was hilft gegen die Arbeitslosigkeit?

Von Helmut Creutz

Wenn in einer Gemeinschaft einige hungern und zur Lösung des Problems vorgeschlagen wird, die übrigen sollten noch mehr essen, wären wir wahrscheinlich fassungslos. Wenn in einer Gemeinschaft aber einige ohne Arbeit sind und jemand vorschlägt, die übrigen sollten noch mehr arbeiten, wird so etwas ernsthaft diskutiert!

Was bewirkt eine Verlängerung der Arbeitszeit?

Eine Steigerung der Arbeitszeit um rund zehn Prozent hat auch eine Steigerung der Leistungen in gleicher Höhe zur Folge. Sie wäre also sinnvoll, wenn auf den Märkten entsprechende Nachfrageüberhänge vorhanden oder zumindest zu erwarten wären, und – das ist die zweite Voraussetzung – keinerlei Reserven auf den Arbeitsmärkten zur Verfügung stünden. Beides trifft jedoch bei uns nicht zu! Wir haben zur Zeit nicht nur eine allgemeine Nachfra-

geschwäche, sondern auch noch rund vier Millionen Arbeitslose, die vor jeder Arbeitszeitverlängerung erst einmal untergebracht werden müssen! Angesichts der allgemeinen Sättigungserscheinungen und übervollen Läden, die selbst mit Rabatten und Schnäppchenpreisen nicht zu räumen sind,

kann eine Verlängerung der Arbeitszeiten also nur zu weiteren Arbeitslosenzahlen führen, keinesfalls jedoch zu ihrer Verringerung!



Hinzu kommt noch ein verstärktes Problem: Während verlängerte Arbeitszeiten bisher voll bezahlt wurden, sogar mit Überstundenzuschlägen, soll die jetzt diskutierte Verlängerung ohne Bezahlung erfolgen, also bei gleich bleibenden Wochen- oder Monatslöhnen! Das aber heißt, die Arbeitnehmer könnten die mehr erzeugten Produkte noch nicht einmal selbst erwerben! Mit diesem Vorschlag wird klar, dass es gar nicht um eine Belebung der Märkte

Während verlängerte Arbeitszeiten bisher voll bezahlt wurden, sogar mit Überstundenzuschlägen, soll die jetzt diskutierte Verlängerung ohne Bezahlung erfolgen, also bei gleich bleibenden Wochen- oder Monatslöhnen! Das aber heißt, die Arbeitnehmer könnten die mehr erzeugten Produkte noch nicht einmal selbst erwerben!

oder gar der Arbeitsmärkte geht, sondern schlicht und einfach um eine weitere Senkung der Lohnkosten, die dazu noch mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden ist!

Selbst wenn mit den Lohnkosten im gleichen Umfang auch alle Preise sinken, würde lediglich der Status quo gewahrt, also gleiche Nachfrage bei gleichbleibender Arbeitslosigkeit. Da mit der Senkung der Löhne jedoch nur die Arbeitskosten sinken, ist diese Wahrung des Status quo noch nicht einmal möglich! Das wäre nur der Fall, wenn auch die Kapitalkosten im gleichen Umfang wie die Löhne sinken würden!

Welche Wechselwirkungen gibt es mit Exporten und der Globalisierung?

Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich und damit sinkende Lohnstückkosten könnten selbstverständlich über sinkende Exportpreise und damit verbesserte internationale Absatzchancen sinnvoll sein. Doch sinkende Exportpreise würden nur dann die Beschäftigungslage in unserem Land positiv beeinflussen, wenn es heute,

auf Grund zu hoher Löhne, Schwierigkeiten bei den Exporten gäbe! Sehen wir uns aber die Statistiken an, dann hat der Umfang unse-

rer Exporte in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Bekanntlich sind wir nicht nur „Exportweltmeister“, sondern erwirtschaften außerdem auch noch die größten Exportüberschüsse! Das heißt, wir exportieren weit mehr, als wir selbst aus dem Ausland benötigen! Dass wir damit schon seit Jahren und Jahrzehnten

andere und meist schwächere Länder zur Finanzierung ihrer Importe in die Schuldnerrolle treiben, sei nur am Rande erwähnt!

Es mag durchaus sein, dass diese langjährige Überlegenheit der deutschen Wirtschaft im Zuge der weiteren Globalisierung gefährdet ist. Doch warum sollte es eigentlich so tragisch sein, wenn wir unsere

ständige Überlegenheit auf den Exportmärkten etwas reduzieren und den Platz des Exportweltmeisters einmal anderen überlassen? Außerdem sind Länder mit geringerer Exportorientierung auch der Billigkonkurrenz anderer Länder weniger ausgesetzt.

Weiterhin mag es auch unvermeidlich sein, dass die weltweiten Handelsbeziehungen nach und nach zu grenzüberschreitenden Angleichungen der Arbeitseinkommen führen, die für uns vielleicht mit Abstrichen zu Gunsten ärmerer Länder verbunden sind. Doch solche Anpassungen in Richtung eines fairen und gerechten Welthandels können nur zu Stande kommen, wenn sich auch die Kapitalansprüche diesen Entwicklungen unterordnen würden!

Wie wäre Vollbeschäftigung zu erreichen?

Vollbeschäftigung ist in jeder Gemeinschaft zu jeder Zeit zu verwirklichen und damit Arbeitslosigkeit zu vermeiden, wenn die vorhandene Arbeit und der damit verknüpfte Lohn auf alle Arbeitswilligen flexibel verteilt wird. Flexibel



Die weltweiten Handelsbeziehungen führen nach und nach zu grenzüberschreitenden Angleichungen der Arbeitseinkommen. Diese sind für uns mit Abstrichen zu Gunsten ärmerer Länder verbunden.

verteilen heißt zuerst einmal, dass bei rückläufigem Arbeitsbedarf statt der Zahl der Arbeitleistenden, die Zahl der Arbeitsstunden verringert wird. Weiterhin heißt flexible Verteilung, dass die Arbeitszeiten in den einzelnen Unternehmen, je nach Auftragslage und Bedarf, verändert werden können. Vor allem aber heißt flexible Verteilung eine stärkere Entkopplung der Arbeits- und Betriebszeiten. Denn eine Verlängerung der Betriebszeiten eines Unternehmens von zum Beispiel 8 auf 10, 12, 14 oder 16 Stunden täglich, würde vermehrt variable Schichtzeiten von 4, 6 und 8 Stunden ermöglichen und den Teilzeitwünschen der Arbeitnehmer entgegenkommen. Sie würde also mit kürzeren Arbeitszeiten zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wie das z.B. in den Niederlanden der Fall ist.

Aber auch bei uns haben verkürzte Arbeitszeiten vielfach zu mehr Einstellungen geführt. Zum Beispiel bei VW oder Opel, wo man mit wöchentlichen Arbeitszeiten von etwa 30 Stunden eine zusätzliche vierte Wochenschicht einschieben konnte. Außerdem ist ein weiterer Vorteil kürzerer Arbeitszeiten die zunehmende Effektivität der Arbeitsleistung. Weiterhin führen verlängerte Betriebs- und Maschinenlaufzeiten zu geringeren Investitionen und vor allem einer besseren Ausnutzung der Anlagen, was sinkende Kapitalkosten zur Folge hat, zumindest deren langsameren Anstieg.

Hilft mehr Wachstum weiter?

Als weiteres Patentrezept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit wird



Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung: Bei VW und Opel haben die verkürzten Arbeitszeiten zu einer zusätzlichen Wochenschicht und damit zu mehr Einstellungen geführt.

Als Garant für den Abbau der Arbeitslosigkeit hat mehr Wachstum also schon in der Vergangenheit versagt: Trotz durchschnittlicher realer Wachstumsquoten von drei Prozent nahm zwischen 1970 bis 2000 die Arbeitslosigkeit von 149 Tausend auf 3,9 Millionen zu und damit auf das 24-fache der Ausgangsmenge!

von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und allen Parteien (inzwischen sogar bis hin zu den Grünen!) mehr Wirtschaftswachstum gefordert. Die Frage, warum wir eigentlich ständiges und möglichst steigendes Wachstum brauchen, obwohl unsere Märkte bereits übersättigt sind, wird nicht gestellt.

Dabei müsste eigentlich jedem klar sein, dass in einer begrenzten Welt ständiges Wachstum unmöglich ist! Schon heute produzieren und verbrauchen wir, in realen Größen gerechnet, bereits das Siebenfache jener Mengen, mit denen wir 1950 angefangen haben! Doch warum sehen alle Politiker trotzdem immer wieder rot, wenn es zu einem „Nullwachstum“ kommt? Dabei ist eine solche Stabilisierung auf gleichem Niveau mit keinerlei Verlusten verbunden! Denn bei gleichbleibender Leistung wird doch ge-

nau so viel produziert wie im Jahr zuvor, und auch gleich viel verdient! Damit aber vermehren sich auch die langlebigen Güter, die Vermögen und damit der gesamte materielle Wohlstand im gleichen Umfang wie im Jahr zuvor!

Zweifellos kann mit Wachstum ein Mehr an Arbeitskräften eingebunden werden, allerdings ist das keinesfalls die Regel. Denn Wachstum in der Wirtschaft ist durch technologische Weiterentwicklungen auch ohne Zunahme der Beschäftigtenzahlen ständig möglich, ja sogar bei ihrer Reduzierung! Deshalb konnten wir in der Vergangenheit auch laufend unsere Arbeitszeit verkürzen, von 60 Wochenstunden vor hundert Jahren auf heute kaum noch 40 Stunden!

Als Garant für den Abbau der Arbeitslosigkeit hat mehr Wachstum also schon in der Vergangenheit versagt: Trotz durchschnittlicher realer Wachstumsquoten von drei Prozent nahm zwischen 1970 und 2000 die Arbeitslosigkeit von 149 Tausend auf 3,9 Millionen zu und damit auf das 24-fache der Ausgangsmenge! Und wenn in diesen drei Jahrzehnten, trotz des Wirtschaftswachstums die Arbeitslo-

sigkeit in diesem Umfang stieg – wieviel Prozent Wachstum brauchen wir dann zukünftig, um neben dem Erhalt der Arbeitsplätze auch noch den Berg an Arbeitslosen abzubauen?

Was sind die tieferen Ursachen unserer Arbeitsmarktprobleme?

Wenn man ein Problem wirklich lösen will, ist es zweckmäßig, zuerst einmal die Ursachen zu ergründen, die zu ihm geführt haben.

So lange in einem Land die Einkommen den Leistungen entsprechen und diese Gesamteinkommen auch zur Nachfrage werden, bleibt der Geld- und Wirtschaftskreislauf geschlossen: Alle Leistungen finden Absatz und alle Arbeitleistenden behalten Arbeitsplatz und Lohn! Das hat in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit so gut geklappt, dass wir uns bei ständig reduzierten Arbeitszeiten immer mehr leisten konnten. Genügt uns die heute erreichte Versorgung, dann können wir in Zukunft den weiteren technologischen Fortschritt im vollen Umfang in weitere Arbeitszeitreduzierungen und damit Freizeit umsetzen (womit wir unserer Umwelt und damit uns selbst einen Gefallen tun!), bzw. könnten wir durch zusätzliche Reduzierungen der Regelarbeitszeiten die noch Arbeit Suchenden in den Wirtschaftsprozess integrieren. Und selbst wenn die Bruttolöhne dabei um zehn Prozent sinken würden: Die Nettoeinkommen blieben fast unverändert, weil die bisher ausgegrenzten zehn Prozent nicht mehr durchgefüttert zu werden brauchen, von den eingesparten Kosten für die seelischen Erkrankungen und die ansonsten zunehmende Kriminalität nicht zu reden!

Entscheidend ist nur, dass der Gesamtlohn der Arbeitleistenden und damit die gesamte Kaufkraft nicht rascher sinkt als der Wert der von ihnen geschaffenen gesamten Leistungen.

Tabelle 1 - Entwicklungsvergleich BIP und Löhne in Milliarden Euro

	1950	2000	Anstiegsfaktor
Bruttoinlandsprodukt:	49,7	2030	x 40,8
Bruttolöhne und -gehälter:	22,3	885	x 39,7
Nettolöhne und -gehälter:	19,6	571	x 29,1

Tabelle 2 - Entwicklung Einwohner und Erwerbstätige in Millionen

	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Zahl der Einwohner:	50,0	82,2	x 1,6
Zahl aller Erwerbstätigen:	20,4	38,7	x 1,9
davon:			
Zahl der Arbeitnehmer (in %):	14,0 (69)	34,7 (90)	x 2,3
Zahl der Selbständigen (in %):	6,4 (31)	4,0 (10)	x 0,6

Tabelle 3 - Entwicklung der Pro-Kopf-Größen in Euro per anno

	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Bruttoinlandspr. je Einwohner:	994	24.966	x 24,8
Bruttolohn je Arbeitnehmer:	1.492	25.530	x 17,1
Nettolohn je Arbeitnehmer:	1.306	16.513	x 12,6

Einfacher ausgedrückt: Dass der Lohn zum Kauf der eigenen Produkte reicht! Geht man von Tabelle 1 aus, scheint das in unserer Volkswirtschaft vordergründig gesichert zu sein (Tabelle 1).

Bruttolöhne und -gehälter sind nach diesen Zahlen fast im gleichen Umfang angestiegen wie die Wirtschaftsleistung. Die Nettogrößen fielen zwar in Folge steigender Abzüge immer mehr zurück, aber diese Abzüge werden von anderen wieder ausgegeben, nicht zuletzt auch von den Arbeitslosen, die hieraus ihre Unterstützung erhalten. Dieses ausgeglichene Bild sieht jedoch anders aus, wenn man die Veränderungen im Bereich der Erwerbstätigkeit mit einbezieht (Tabelle 2).

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, ist die Zahl der Erwerbstätigen deutlich stärker angestiegen als die Zahl der Einwohner. Nochmals stär-

ker, nämlich fast um die Hälfte mehr als die Einwohnerzahlen, nahm die Anzahl der Arbeitnehmer innerhalb der Erwerbstätigen zu, während die der Selbständigen deutlich zurückfiel.

Berücksichtigt man diese Anteilsverschiebungen zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen, dann hätten die Bruttolöhne von 1950 bis 2000 nicht im Gleichschritt mit dem BIP, sondern viel deutlicher ansteigen müssen, nämlich um fast ein Drittel! – Dieser zu geringe Anstieg der Löhne, gemessen an der Leistungssteigerung der Arbeitnehmer, tritt besonders hervor, wenn man die Pro-Kopf-Größen in Tabelle 3 betrachtet.

Obwohl die Anzahl der Arbeitnehmer deutlich mehr anstieg als die der gesamten Erwerbstätigen, blieben die Brutto-Arbeitnehmereinkommen pro Kopf um rund ein Drittel hinter dem Anstieg des BIP pro

Kopf aller Einwohner zurück, die Nettoeinkommen sogar um rund die Hälfte! Zu erklären ist dieser Sachverhalt der zurückfallenden Lohngrößen nur durch andere Einkommen, die in einem entsprechenden Übermaß angestiegen sind.

Die Überentwicklungen im monetären Bereich

Bekanntlich wird das Volkseinkommen zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt, auf deren Einkünfte der Staat dann wieder zurückgreift. Bei der Aufteilung des Volkseinkommens nimmt jedoch der Anspruch des Kapitals, vor allem der des Geldkapitals, bereits seit langem in einem immer größeren Umfang zu. Ursache der Verteilungsverschiebungen innerhalb des Volkseinkommens ist also weniger – wie oft vermutet – ein überzogener Anstieg der Einkünfte aus Unternehmertätigkeit, als jener aus Geldvermögen. Da die den Geldvermögen gegenüber stehenden Schulden als Fremdkapital vor allem die Unternehmen

Tabelle 4 – Entwicklung Geldvermögen und Zinsströme in Mrd. Euro

	1950	2000	Anstiegsfaktor:
Geldvermögen:	30,3	6.285	x 207
Bankzinsströme:	1,6	370	x 231
Bankzinsauszahlungen:	1,2	293	x 244
BIP zum Vergleich:	49,7	2.030	x 41

belasten, geraten diese sogar zunehmend in Zahlungsschwierigkeiten, wie sich an den Firmenpleiten ablesen lässt.

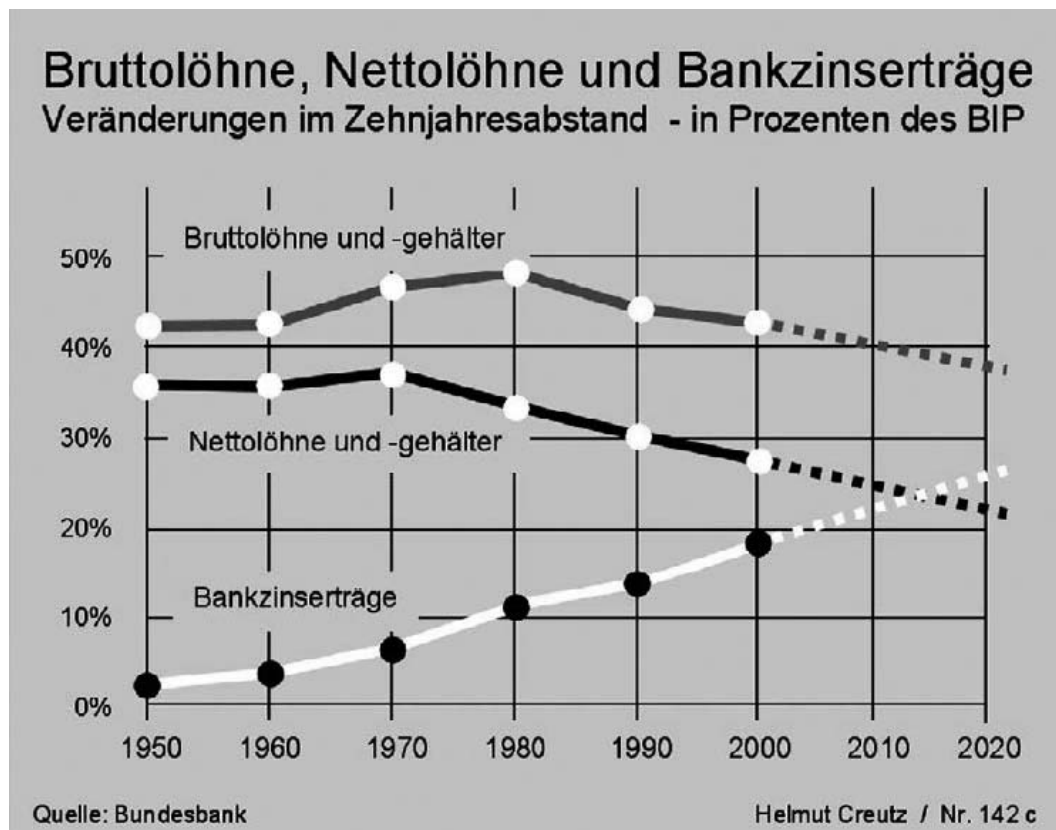
Die Größenordnungen dieser monetären Überentwicklungen gehen aus der Tabelle 4 hervor.

Wie die Multiplikatoren zeigen, sind die Geldvermögen und Zinsströme fünf bis sechs Mal mehr angestiegen als das BIP. Während die Geldvermögen 1950 erst bei 60 Prozent des BIP lagen, erreichten sie im Jahr 2000 bereits 300 Prozent, also das Dreifache der jährlichen Wirtschaftsleistung!

Wichtiger als diese Bestandsgröße des Geldvermögens sind für unsere Betrachtung jedoch die damit ver-

bundenen Last- bzw. Einkommensgrößen. Zieht man dafür die oben angeführten Zinsstromgrößen heran, die jährlich von der Deutschen Bundesbank ausgewiesen werden, dann lagen die Bankzinsströme im Jahr 2000 mit 370 Mrd. Euro bereits bei einer Größe, die 65 Prozent der Nettolöhne bzw. 74 Prozent der Steuereinnahmen oder 139 Prozent des Bundeshaushaltes entsprach! Die Gegenläufigkeit der Zins- und Lohnentwicklungen wird besonders gut erkennbar, wenn man sie, wie in der Darstellung, in Prozent des BIP umrechnet. Wie daraus ersichtlich, sind die Bruttolöhne, gemessen an der Wirtschaftsleistung, bis 1980 leicht gestiegen, um bis 2000

wieder auf den Stand von 1950 abzusinken. Auch hier zeigt sich wieder, dass trotz der erheblichen Ausweitung des Arbeitnehmeranteils an der gesamten arbeitenden Bevölkerung und trotz des damit verbundenen größeren Anteils



Die Gegenläufigkeit der Zins- und Lohnentwicklung in Prozent des BIP umgerechnet

an der Wertschöpfung, diese Bruttolohngröße in Prozenten des BIP praktisch gleich blieb und damit relativ zurückfiel. Noch dramatischer war die Entwicklung der Nettolohngröße, die nicht nur relativ zurückblieb, sondern ab 1970 auch nominal von 37 auf 28 Prozent des BIP sank. Das aber heißt, trotz erheblichen Anstiegs der Arbeitnehmerzahlen ging die Summe der Nettolöhne, gemessen an der erbrachten Wirtschaftsleistung, um ein Viertel zurück! Da dies die Kaufkraft entsprechend verringerte, erklärt sich auch die den Verbrauchern immer wieder vorgeworfene Nachfrageabstinenz!

Warum diese Lohngrößen im Widerspruch zur Wirtschaftsentwicklung zurückgefallen sind und warum sich damit die Arbeitslosigkeit verstärken musste, geht aus der dritten Kurve in der Darstellung hervor, welche die Entwicklung der bereits angesprochenen

gemessen an der Wirtschaftsleistung stieg diese Zinsbelastungsgröße in den 50 Jahren von 3,2 auf 18,2 Prozent des BIP an. Da aber auch in jeder Volkswirtschaft der erarbeitete „Kuchen“ nur ein Mal verteilt werden kann, das Geldkapital bei dieser Verteilung mit seinem im Voraus festgelegten Anteil (resultierend aus Kreditmasse mal Zinssatz!), jedoch immer den Erstzugriff hat, muss sich die Arbeit zwangsläufig von Jahr zu Jahr mit weniger zufrieden geben! Verändert man nichts an den in unserer Wirtschaft wirkenden destruktiven Mechanismen, dann werden in etwa zehn Jahren, wie in der Darstellung angedeutet, die Zinslastgrößen die Nettolöhne übersteigen!

Wären Geldvermögen und Zinslasten – wie fast alle anderen Größen in unserer Volkswirtschaft – im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung gewachsen, hätte die Zinsbelastung im Jahr 2000 statt bei 370

gen! Die Volkswirtschaft wäre also um 305 Mrd. Euro weniger belastet gewesen, als dies im Jahr 2000 der Fall war. Mit dieser Entlastung hätte man nicht nur die Bruttolöhne auf die ihnen zustehende Größe aufstocken, sondern auch die vielen Löcher in den öffentlichen Kassen stopfen können!

Bedenkt man, dass die Bruttolohnkosten für eine Million Arbeitnehmer heute bei 33 Mrd. Euro liegen, hätte schon eine Halbierung der Zinssätze für die Löhne von sechs Millionen Arbeitnehmer gereicht! Und wären gar die Zinssätze auf den Kapitalmärkten mit den zunehmenden Sättigungen marktgerecht gegen Null gesunken, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten selbstverständlich ist, dann wären wir nie in diese finanziellen Sackgassen geraten, in denen wir heute stecken, vor allem im Sozialbereich!

Selbstverständlich hätten bei marktgerecht sinkenden Zinsen auch die Geldvermögen langsamer zugenommen. Aber neben dem Vorteil verringerter sozialer Spannungen wäre damit auch der Zwang zur ständigen Höhverschuldung entfallen, die uns heute zu einem ständigen Wirtschaftswachstum



Während die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Löhne fallen sind die Bankzinserträge in den letzten 50 Jahren von 3,2 auf 18,2 Prozent des BIP gestiegen.

und in die vielseitig beklagte Globalisierung zwingt. So aber sind wir – wie bei einem Kettenbriefsystem – zu immer weiteren Ausdehnungen des kapitalistischen Systems gezwungen, zu einem „Wachstum um jeden Preis“, selbst um den der Umweltzerstörung!

Die Auswirkungen auf die Nachfrage

Klammert man die mit diesen Über- bzw. Auseinanderentwicklungen verbundenen Aspekte aus, dann könnte man sagen, dass es für eine Volkswirtschaft gleichgültig ist, wohin letztlich die Einkommen fließen, Hauptsache, sie werden wieder zur Nachfrage! Doch abgesehen von den sozialen Folgen ist mit dieser zunehmenden Umverteilung von der Arbeit zum Besitz auch ein Nachfrageproblem verbunden.

Denn die Zinseinkommen fließen überwiegend in Kassen, deren Bedarf weitgehend gedeckt ist, während im gleichen Umfang das Geld in jenen Kassen fehlt, die noch Bedürfnisse haben. Durch diese Konzentration der Einkommen in den „Kassen ohne Bedarf“ (Dieter Suhr) kommt es nicht nur zu fehlender Kaufkraft in den „Kassen mit Bedarf“, sondern auch zu anderen Störungen des Nachfragekreislaufs.

Denn das überschüssige Geld bei den Zinsbezieher*innen kann weitgehend nur über Kredite wieder in den Kreislauf zurück geschleust werden. Jede Rückführung über diesen Kredit-Umweg vergrößert jedoch die von der Mehrheit zu tragenden Zinslasten und im gleichen Umfang die Zinseinkünfte der Minderheit, womit sich das weitere Überwachsen der Geldvermögen ebenso erklärt wie das weitere Zurückfallen

der Arbeitseinkommen und ihrer Kaufkraft.

Mit dieser zins- und zinseszinsbedingten „Selbstalimentation der Geldvermögen“ (Bundesbank) und der damit verknüpften Kapitaleinkommen öffnet sich jedoch nicht nur die Schere zwischen den Einkommen aus Arbeit und Besitz immer mehr. Vielmehr nimmt mit dem Zwang zu immer höheren Verschuldungen auch der zu immer höherem Wirtschaftswachstum zu. Da aber die Möglichkeiten für ein ständiges Wirtschaftswachstum in dem erforderlichen Tempo schon lange nicht mehr gegeben sind und die Nachfrage auch auf Grund der zunehmenden Sättigungserscheinungen

Der ungebremste Kapitalismus funktioniert also wie ein Pyramidenspiel, das ständig größerer Mitspielerzahlen und Gewinne bedarf, oder wie ein Motor, der nur bei ständig größerer Kraftstoffzufuhr läuft - bis er uns eines Tages um die Ohren fliegt.

nicht mehr genügend auszuweiten ist, geraten wir in ein immer größeres Dilemma: Entweder weiter runter mit den Löhnen, ganz gleich ob durch Entlassungen, Lohnsenkungen oder Verlagerungen der Produktion in Billiglohnländer, oder ein Wachstumsschub, mit dem die Mehransprüche des Kapitals bedient werden können, der aber kaum noch umzusetzen und ökologisch zu verantworten ist.

Fazit:

Die Frage, Arbeitszeiten verlängern oder verkürzen, ist letztlich ein Streit um des Kaisers Bart, und der Versuch, mit längerer Arbeit mehr Arbeit zu schaffen, ähnlich illusorisch wie der, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Entweder verteilen wir die Arbeit und den damit verbundenen Lohn mit Hilfe verkürzter Arbeitszeiten auf alle Arbeitswilligen, oder wir halten die Arbeitszeiten und Löhne für die Beschäftigten auf der bisherigen Höhe, bei weiter zunehmenden



Die Opfer der globalen Ausweitung des kapitalistischen Systems sind die Arbeitleistenden.

der Arbeitslosigkeit. Doch beides ist nur die rechnerische Lösung, die den ständigen Rückgang der Löhne auf Grund der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit nicht berücksichtigt. Zwar versucht sich dieses kapitalistische System mit Hilfe der globalen Ausweitungen noch einmal Luft zu verschaffen, aber auch das geht nur bei immer höheren Opfern für die Arbeitleistenden, in den Entwicklungsländern ebenso wie in unseren Breiten. Der ungebremste Kapitalismus funktioniert also wie ein Pyramidenspiel, das ständig größerer Mitspielerzahlen und Gewinne bedarf, oder wie ein Motor, der nur bei ständig größerer Kraftstoffzufuhr läuft – bis er uns eines Tages um die Ohren fliegt.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma gäbe es nur, wenn sich an der nächsten „Bündnis-für-Arbeit“-Runde, neben den Gewerkschaften, Unternehmern und Vertretern der Politik, auch das Geldkapital beteiligen und zum Maßhalten verpflichtet würde, und das heißt, dass es sich wie alle anderen mit seinen jährlichen Mehransprüchen an der Entwicklung der Wirtschaftsleistung orientiert. Ist das nicht zu erreichen, steht uns ein bitteres Ende bevor, als erstes wahrscheinlich das unserer Demokratie!